

GEMEINDE FORST



Haushaltsrede 2018, von Bürgermeister Bernd Killinger

22.01.2018

Begonnenes abarbeiten und Handlungsspielräume für die Zukunft eröffnen

Sehr geehrte Damen und Herren Gemeinderäte,
sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger,
sehr geehrte Frau Nees (BNN),

die Gemeinde Forst steht auf den ersten Blick finanziell hervorragend da. Mit rund 90 Euro Pro-Kopf-Verschuldung gehören wir zu den am wenigsten verschuldeten Gemeinden in Baden-Württemberg. Zudem verfügt die Gemeinde Forst über Rücklagen in Höhe von rund 1,7 Millionen Euro. Das sind Zahlen, auf die man durchaus stolz sein kann, insbesondere wenn man in den Blick nimmt, dass mit dem Breitbandausbau, der Gemeinschaftsschule, der Kinder- und Kleinkindbetreuung, dem Alex Huber Forum u.v.m Investitionen in erheblichem Umfang getätigt worden sind.

Bei einer detaillierteren Betrachtung stellt man jedoch fest, dass nicht alles Gold ist was glänzt. Ziel eines jeden Haushalts muss es sein, die Abschreibungen – das ist der Wertverlust der sich aus der Nutzung eines Gerätes, einer Immobilie o.ä. ergibt – zu erwirtschaften. In der Sprache der Kameralistik bedeutet dies, dass der Gewinn des Verwaltungshaushaltes so hoch ausfallen sollte, dass die **gewünschte Zuführung** an den Vermögenshaushalt erreicht wird. Konkret bedeutet dies, dass die Zuführung so hoch sein muss, wie die ordentlichen Tilgung und sämtliche, d.h. alle Abschreibungen im Vermögen der Gemeinde inkl. Gemeinestraßen, Rathaus, Lußhardtschule, das neue Forum, die Grünanlagen, die Feldwege und Brücken uva. (Das Rathaus und andere kommunale Einrichtungen werden gegenwärtig bei den Abschreibungen noch nicht berücksichtigt – dies erfolgt erst im Rahmen der Umstellung auf die doppische Haushaltsführung, die im Jahr 2020 vorgesehen ist).

Im Haushaltsplan ist es in den zurückliegenden Jahren fast nie gelungen, eine Erwirtschaftung der Abschreibungen abzubilden. Die Vorausschauende und vorsichtige Haushaltsplanung von Herrn Epp in Kombination mit strikter Kontrolle beim Haushaltsvollzug, hat es am Ende jedoch immer wieder ermöglicht, dass im Rahmen des Jahresabschlusses die ermittelten Abschreibungen nahezu erreicht werden konnten. (So bezifferten sich die jährlichen Abschreibungen in den Jahren 2008 bis 2016 durchschnittlich auf 1,7 Millionen Euro, während die Zuführung im gleichen Zeitraum durchschnittlich 1,6 Millionen Euro betrug.) Herr Epp hat auch diesen Haushalt ganz maßgeblich geprägt.

Vielen Dank, Herr Epp, dass Sie dieses Planwerk so großartig vorbereitet sowie Herrn Veith und mich auf dem Weg zur Haushaltseinbringung hervorragend begleitet haben. Ihnen Herr Epp, ist es besonders wichtig, dass der Haushalt der Gemeinde Forst sich auch in Zukunft im Gleichgewicht befindet. Niemand weiß so gut wie Sie, dass eine konjunkturelle Eintrübung auch für den Forster Haushalt erhebliche Konsequenzen haben würde. Nicht zuletzt waren es deshalb ganz wesentlich Sie, die mich ermutigt haben, einen Haushalt auf den Weg zu bringen, der nun mit dem Titel überschrieben ist „Begonnenes Abarbeiten und Handlungsmöglichkeiten für die Zukunft eröffnen“.

Das letzte Mal systematisch aufbereitet wurde das Thema eines langfristig soliden Haushalts im Zuge einer Klausurtagung des Gemeinderats im Jahr 2005. Diese war mit dem Titel „Einsparvorschläge“ überschrieben. Damals war es das Ziel, die Mindestzuführungsrate in den kommenden Jahren sicherzustellen. Aus meiner Sicht wurde auf eine nachhaltige strukturelle Haushaltssanierung jedoch verzichtet, nachdem Einmaleffekte (Verkauf EnBW-Aktien) und eine sich einstellende Verbesserung der Einnahmen-situation den Druck aus dem Kessel genommen hatten. Wenn die Konjunktur einbricht, würden wir heute wieder schnell an dem Punkt stehen, wo die Gemeinde im Jahr 2005 gestanden hat.

Dafür sind wir selbst verantwortlich, aber nicht nur: Gegenwärtig kritisieren fast alle Bürgermeister, und auch ich gehöre dazu, die Landesregierung, die den Kommunen immer mehr Aufgaben delegiert, aber im vor Weihnachten beschlossenen Doppelhaushalt nicht die Voraussetzungen für eine langfristige Gegenfinanzierung geschaffen hat. Das Land Baden-Württemberg rühmt sich damit, mit dem beschlossenen Haushalt 500 Millionen Euro Schulden zu tilgen. Bei uns Kommunen ist der Eindruck entstanden, dass es sich dabei genau um den Betrag handelt, der im Rahmen des Vorwegabzugs bei uns eingespart worden ist. Als Begründung für dieses Vorgehen wurde immer angeführt, dass die Kommunen doch verhältnismäßig gut dastehen. Das ist richtig. Mit Blick auf den Schuldenstand von Land und Bund stehen die baden-württembergischen Kommunen tatsächlich gut da. Man darf sich jedoch nicht täuschen lassen: Der 3er-Schüler mag in einem Kreis von Schülern mit 4er-Zeugnissen der Beste sein, aber das macht ihn noch lange nicht zum Musterknaben. Auch wir sind keine 1er-Schüler, weil wir eben weit davon entfernt sind dauerhaft und vollumfänglich unsere Abschreibungen zu erwirtschaften und an dieser Stelle verlange ich von der übergeordneten politischen Ebene, dass wir strukturell befähigt werden, genau dies zu tun. Spätestens im Rahmen des nächsten Nachtragshaushalts erwarte ich vom Land für die Kommunen einen finanziellen Nachschlag und ich erwarte, dass die Landesregierung wieder das Gespräch mit unseren kommunalen Spitzenverbänden sucht. Im vergangenen Jahr ist das erste Mal in der gesamten Nachkriegsgeschichte ein Landeshaushalt beschlossen worden, ohne dass sich Land und kommunale Spitzenverbände in Konsultationsgesprächen auf einen Konsens in ihren Finanzbeziehungen verständigt haben. Das ist ein Skandal!

Selbstverständlich sind wir auch selbst gefordert, wenn es darum geht den Haushalt zukunftsfähig aufzustellen und unsere Abschreibungen vollständig zu erwirtschaften. Dieses Ziel zu erreichen wird Jahre dauern, wenn wir nicht bereit sind, uns von liebgewonnenen Einrichtungen vollständig und kompromisslos zu trennen. Für derart drastische Schritte bin ich jedoch nicht angetreten und auch im Gemeinderat und der Bevölkerung erkenne ich keine Bereitschaft, den Gürtel erheblich enger zu schnallen.

Welche Schritte erforderlich wären, um der vollständigen Erwirtschaftung der Abschreibungen näher zu kommen, wurde ebenfalls im Jahr 2005 bei der angesprochenen Klausurtagung diskutiert.

Aber keine der damals in Erwägung gezogenen Maßnahmen, wie z. B. Stilllegung der Rutsche im Heidensee, Kürzung der Vereinszuschüsse, Erhöhung der Kindergartengebühren, Reduzierung des Standards in der Bücherei oder Verkauf von Gemeindewohnungen wurde in den vergangenen zwölf Jahren in einem Umfang umgesetzt, der den Namen der „strukturellen Haushaltsverbesserung“ verdient hätte.

Und damit kein Zweifel aufkommt: Auch ich möchte keine unserer kommunalen Einrichtungen schließen, Kindergartengebühren über die regulären Kostensteigerungen hinaus erhöhen oder die Zuschüsse der Vereine kürzen. Sie wissen alle, dass die Diskussion gegenwärtig in die andere Richtung läuft – die Höhe unserer Kita-Gebühren wird schon jetzt kritisch beäugt und wenn wir es in den Vereinen nicht schaffen den Generationenwechsel erfolgreich zu vollziehen, dann werden im Bereich Naturschutz- und Landschaftspflege, bei der Teilhabe von älteren Menschen oder der Pflege von gemeindeeigenen Anlagen noch ganz anderen Kosten auf uns zukommen.

Auch beim Personal der Verwaltung gibt es keine Einsparmöglichkeiten. Das Gegenteil ist der Fall: An vielen Stellen sind schon jetzt die erforderlichen Aufgaben kaum mehr zu gewährleisten und ist die Belastung so hoch, dass man in Zukunft über Personalaufstockungen nachdenken muss. Ein ganz drängendes Thema ist hier auch die Vertretung von Mitarbeitern im Urlaubs- und Krankheitsfall. Bei zentralen Funktionen ist diese schon heute nicht mehr gewährleistet. Eine weitere Herausforderung ist der demografische Wandel: Die Gemeindeverwaltung weist einen Altersdurchschnitt von rund 50 Jahren auf. In den nächsten Jahren wird es in erheblichem Umfang zu Pensionierungen und Verrentungen kommen. Wenn wir sicherstellen möchten, dass das vorhandene Expertenwissen rechtzeitig weitergegeben wird, dann kann die Einarbeitung eines Nachfolgers oft nur im Rahmen von Doppelbesetzungen gewährleistet werden.

Ernsthaft in den Blick nehmen sollten wir jedoch unsere kommunalen Immobilien. Dort gibt es einen Sanierungsstau, der aus meiner Sicht einer umfassenden Bewertung unterzogen werden muss.

Im Zuge dieser Bestandsüberprüfung wird dann auch darüber nachgedacht werden müssen, wie und in wessen Besitz die Immobilien einer weiteren Nutzung zugeführt werden. Bereits in der im Jahr 2012 durchgeführten Organisationsuntersuchung ist die Empfehlung ausgesprochen worden, dass sich die Gemeinde von einzelnen Immobilien trennen sollte. Schon deshalb halte ich eine ergebnisoffene Überprüfung unseres Immobilienbestands für angebracht. Zu beobachten ist hierbei aber auch die Entwicklung auf Bundesebene, denn der Städte- und Gemeindetag wünscht sich von der künftigen Bundesregierung ein Hilfspaket von 100 Milliarden Euro in den kommenden 10 Jahren, um den bundesweit geschätzten Investitionsstau von 126 Milliarden Euro abzubauen.

Ebenfalls vorstellen kann ich mir auch, dass wir Aufgaben, die wir günstiger einkaufen als selber erledigen können, verstärkt nach außen vergeben. Als Überschrift für diesen Punkt würde ich jedoch weniger die „Haushaltskonsolidierung“ sehen, sondern vielmehr die „Stärkung der Kernkompetenzen“.

Aus meiner Sicht müssen wir nach Wegen suchen, wie wir insbesondere unseren Bauhof von sachfremden Tätigkeiten entlasten, damit er sich wieder verstärkt den Kernaufgaben „Straßen- und Grünpflege, Winterdienst etc.“ widmen kann.

Es ist unmöglich, in dieser Haushaltsrede und nach nur 10 Wochen im Amt einen Weg aufzuzeigen, wie wir strukturell die Finanzierung der Gemeinde in den nächsten 10 Jahren gestalten sollten. Es wäre auch falsch, wenn ich versuchen würde diesen Weg im Alleingang zu gehen. Die zukunftsfähige Ausrichtung unserer Gemeinde ist eine Gemeinschaftsaufgabe, in der dem Gemeinderat eine Hauptrolle zufällt und bei der auch insbesondere sachkundige Bürger einzubinden sind.

In der Diskussion mit Bürgerinnen und Bürgern wird mir spätestens an dieser Stelle die Frage gestellt, ob nicht auch Einnahmensteigerungen einen Beitrag zur langfristigen Finanzierung des Liebgewonnen leisten könnten. Meine Antwort ist dann immer: Ja, das könnten sie, aber diesen Weg favorisiere ich nicht. Ich muss jedoch zugeben, dass ich ihn auch nicht ausschließe, weil die Fakten dies nicht erlauben.

Die Grundsteuer wurde zum letzten Mal im Jahr 2005 angepasst, das war vor 12 Jahren und die letzte Gewerbesteueranpassung liegt schon 13 Jahre zurück. In den Jahren von 1960 bis 2004 ist statistisch betrachtet nach durchschnittlich 11 Jahren eine Steuererhöhung erfolgt und auch inhaltlich ließe sich zwischenzeitlich eine solche ohne größere Schwierigkeiten rechtfertigen. Erlauben Sie mir an dieser Stelle auch darauf zu verweisen, dass die Gemeindeprüfanstalt bereits seit einigen Jahren darauf verweist, dass Steuererhöhungen einen Beitrag leisten können, die vorhandene Infrastruktur langfristig zu finanzieren.

Diese Sachlage ist natürlich auch dem kommunalen Hauptgremium bekannt – und das schon seit Jahren. Ich erwarte deshalb, dass wir uns gemeinsam auf den Weg machen nach Möglichkeiten zu suchen, wie wir den Haushalt mittel- und langfristig nachhaltig und gesund ausrichten können. Denkverbote kann es an dieser Stelle nicht geben. Wer Steuererhöhungen partout nicht möchte, muss Vorschläge unterbreiten, wie wir anderweitig zu strukturell ausgeglichenen Haushalten kommen können.

Damit liegen nun die dringenden Fragen der Gemeinde Forst im Hinblick auf die zukünftige Gestaltung des Haushalts auf dem Tisch. Für mich ist dabei klar, dass alle vorhandenen Angebote langfristig abgesichert werden müssen und wir gleichzeitig die Möglichkeit eröffnen müssen, nicht nur den Bestand zu konservieren, sondern die vorhandenen Angebote auch qualitativ und quantitativ weiterzuentwickeln. So lange es möglich ist, bleiben wir dabei für kommunale Einrichtungen selbst verantwortlich. Wenn jedoch vorhandene Angebote besser durch Dritte erbracht werden können, dann müssen wir hier offen sein, auch neue Wege zu beschreiten.

Sehr geehrte Damen und Herren, mit dem Ziel vor Augen – die Abschreibungen langfristig zu erwirtschaften - habe ich mich nach meinem Amtsantritt am 6. November zusammen mit Herrn Epp und Herrn Veith, der mir seither ein wichtiger Berater ist, dem Haushalt genähert.

Ich erinnere mich noch sehr genau an die erste Besprechung. Damals wurde ich informiert, dass der Haushalt 2018 genehmigungsfähig sein wird, für eine Finanzierung der Investitionen jedoch eine Entnahme aus den Rücklagen in Höhe von 171.000 Euro vorgesehen ist.

Des Weiteren wurde mir mitgeteilt, dass in den vergangenen Jahren Haushaltsreste im Wert von 3,25 Million Euro aufgebaut worden sind. Hierbei handelt es sich um die Übertragung von ursprünglich in früheren Haushalten eingeplanten Maßnahmen auf zukünftige Haushalte. Dazu ist es hauptsächlich gekommen, weil im Haushalt regelmäßig mehr Geld für Projekte eingestellt worden ist, als mit Blick auf die vorhandene Personalkapazitäten überhaupt abgearbeitet werden konnte. Diese Haushaltsreste manifestieren sich insbesondere im Bauamt, wo gegenwärtig über 40 Projekte aufgelaufen sind.

2018 als Jahr der Haushaltskonsolidierung

Für das Jahr 2018 schlage ich deshalb ein Jahr der Haushaltskonsolidierung vor, mit dem Ziel, eine weitere Entnahme aus der Rücklage zu vermeiden und der Verwaltung die Möglichkeit zu geben bereits begonnene oder beschlossene Projekte einer guten Bearbeitung zuzuführen. Unser Schwerpunkt liegt dabei auf der Lußhardtschule, dem Spatzennest, den Restarbeiten in der Waldseehalle und dem Alex Huber Forum sowie den Bauarbeiten in der Hambrücker Straße.

Um dieses Ziel zu erreichen wurden folgende für den Haushalt gemeldeten Investitionsprojekte verschoben:

- Generationenpark bei der Waldseehalle (50.000 Euro)
- Erneuerung Teppichboden und Lichtsanierung Bücherei (63.000 Euro)
- MuKs: Ersatz einer E-Heizung (40.000 Euro)
- Neue Heizung alter Friedhof (40.000 Euro)
- Katastrophenschutzkonzept:
Sirenen für insgesamt drei Standorte (59.000 Euro)

Gestrichen wurde folgende Anmeldung zum Haushalt:

- Barrierefreimachung eines anzupachtenden Objektes zur Unterbringung eines Familienzentrums (45.000 Euro); (Für das Familienzentrum selbst sind 30.000 Euro eingestellt)

Durch diese Maßnahmen ist es möglich, im kommenden Jahr anstatt 171.000 Euro aus den Rücklagen zu entnehmen, der Rücklage rund 45.000 Euro zuzuführen. Darüber hinaus schaffen wir dem Bauamt die notwendigen Freiräume, um die bereits bestehende Projektliste abzuarbeiten.

In diesem Jahr haben wir – wenn wir akzeptieren, dass wir die Abschreibungsfragen noch nicht lösen können - einen unproblematischen Haushalt vor uns: Der Haushalt hat ein Gesamtvolumen von knapp 23 Millionen Euro.

Bei den Steuern und Gebühren wird es nur in zwei Bereichen Erhöhungen geben:

1. Im Zuge des Neubaus der rund 3,0 Millionen Euro teuren Wasserenthärtungsanlage werden wir in diesem Jahr mit weichem Wasser versorgt.

Als Resultat dieser Maßnahme steigt die Wassergebühr für einen Regelhaushalt um 31 Cent pro Kubikmeter Wasser auf 1,58 €/m³.

2. Die Einzelticketpreise am Heidesee werden um 50 Cent bei Erwachsenen und um 20 Cent–pro Kind erhöht. Zehnerkarten oder Dauerkarten bleiben von dieser Preiserhöhung unberührt.

Alle anderen Steuern und Gebühren bleiben unangetastet und damit unverändert.

Im Haushalt 2018 sind auch keine neuen Kreditaufnahmen vorgesehen. Für den bestehenden Kredit, für den Neubau der Anschlussunterbringung in der Zeiligstraße 4 in Höhe von 734.000 Euro hat in 2017–die Tilgung mit 7.000 Euro begonnen, so dass sich unser Schuldenstand inklusive der Tilgung von 26.000,-- Euro in 2018 auf 701.000 Euro bis zum 31.12.2018 reduziert haben wird.

Kommen wir nun also zu den Details des Haushalts 2018:

a) Verwaltungshaushalt

Die Einnahmenseite des Verwaltungshaushaltes ist gekennzeichnet durch solide Steuereinnahmen beim Gemeindeanteil an der Einkommensteuer, bei der Gewerbesteuer und bei den Schlüsselzuweisungen vom Land.

Mit über 5,1 Millionen Euro ist der Einkommensteueranteil weiterhin die bedeutendste Einnahmequelle der Gemeinde. Nach der November-Steuerschätzung sind gerade beim Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer und den Schlüsselzuweisungen mit höheren Einnahmen zu rechnen, als bisher einkalkuliert. Da es sich hierbei aber nur um vorläufige Schätzungen handelt, haben diese positiven Zahlen noch keinen Eingang in die Haushaltsplanungen gefunden und stehen für unvorhergesehene Planabweichungen als stille Reserven zur Verfügung. Nach einem deutlichen Rückgang in 2016 ist bei den Gewerbesteuereinnahmen eine deutliche Entspannung zu verzeichnen. Die Gewerbesteuer entwickelte sich im Jahr 2017 um 700.000 Euro positiver, als ursprünglich erwartet worden war. Auch für 2018 dürfen wir von einer guten Einnahmensituation ausgehen. Insgesamt rechnen wir im laufenden Jahr mit einem Gewerbesteueranteil von rund 2,2 Millionen Euro. Dieser könnte um einen deutlich sechsstelligen Betrag höher liegen, wenn ein Top-Gewerbesteuerzahler aufgrund eines Gewinnabführungsvertrags nicht langfristig ausfallen würde. Der Ausfall dieses Steuerbetrags erklärt in großen Teilen auch den deutlichen Rückgang der Einkommenssteuer im Jahr 2016. Unser Ziel muss es sein, diesen Ausfall vergessen zu machen und langfristig zu kompensieren.

Auf der Ausgabenseite steigen die Personalkosten durch die tariflichen Lohnsteigerungen und einer gestiegenen Anzahl von Pensionären um rund 142.000 Euro auf rund 4,9 Millionen Euro.

Des Weiteren steigen die Ausgaben für die Unterhaltung der Gemeindeeinrichtungen (+ 174.500 Euro auf rd. 3,75 Millionen Euro) und die Zuweisungen an Dritte für die kirchlichen Kindergärten (+ 80.000 Euro auf rd. 1,35 Millionen Euro).

2018 ergibt sich insgesamt ein Überschuss im Verwaltungshaushalt bzw. eine Zuführung zum Vermögenshaushalt in Höhe von 741.000 Euro.

b) Vermögenshaushalt

Die Schwerpunkte des Vermögenshaushalts bilden:

1. Die Restfinanzierung des Neubaus von Räumen für die Lußhardtschule (130.000 Euro)
2. Die Restfinanzierung der Außenanlage Kita Spatzennest (70.000 Euro)
3. Die Restfinanzierung des Neubaus des Foyers der Waldseehalle mit integriertem Saal (200.000 Euro)
4. Der Abbruch von Gebäuden im Sanierungsgebiet in der Bruchsaler Straße (181.000 Euro)
5. Die Verlegung von Glasfaserkabeln für schnelles Internet (200.000 Euro)
6. Der Ersatz defekter Geräte auf Kinderspielplätzen (45.000 Euro)
7. Der Bau einer Urnenwand (85.000 Euro)
8. Der Grunderwerb und Verrechnung von Erschließungskosten (200.000 Euro)

Insgesamt werden über 1,7 Millionen Euro investiert, die durch die Zuführung aus dem Verwaltungshaushalt und durch Landeszuweisungen gedeckt sind.

Erlauben Sie mir auf einzelne Maßnahmen noch etwas detaillierter einzugehen. Absoluter Schwerpunkt bei der gegenwärtigen Abarbeitung ist die Sanierung der neuen Klassenräume in der Lußhardtschule. Hier arbeiten wir mit Hochdruck daran, dass die neuen Räume, die eigentlich zum Schuljahresbeginn für den Unterricht hätten zur Verfügung stehen sollen, so bald wie möglich bezugsfertig sind.

Leider hat uns ein Wasserschaden kurz vor der finalen Abnahme der Räumlichkeiten weit hinter den ursprünglichen Zeitplan zurückgeworfen. Ich danke ganz herzlich der gesamten Schulgemeinschaft für die Geduld und die Ausdauer, mit der die aktuelle Situation mitgetragen wird. Dem Gemeinderat danke ich dafür, dass er schnell den Weg für die Containeranmietung frei gemacht und für ein sehr gutes Provisorium gesorgt hat. Die Sanierungsarbeiten machen insgesamt gute Fortschritte. Starkregenereignisse haben zwischenzeitlich gezeigt, dass die Außenfassade nun dicht ist. Erfreuliche Nachrichten gibt es auch von der Versicherung. Die Schäden an den Klassenräumen werden vollumfänglich reguliert. Auf den Kosten für die Container – in Höhe von voraussichtlich 60.000 Euro – bleiben wir jedoch aller Voraussicht nach sitzen.

Außerhalb des Haushalts möchte ich an dieser Stelle kurz auf die aktuelle Situation im Kindergarten Spatzennest eingehen. Dort hat in den Weihnachtsferien ein Wasserrohrbruch das komplette Erdgeschoss bis zu 3 cm unter Wasser gesetzt. Auch hier liegt eine Kostenübernahmezusage durch die Versicherung für die baulichen Schäden und die Schäden am Mobiliar vor. Gegenwärtig wird das Gebäude getrocknet. Hierzu werden Kernbohrungen durchgeführt. Bis zum Abschluss dieser Maßnahmen und der erforderlichen Sanierung muss der Kindergarten Spatzennest deshalb für ca. 3 Monate geschlossen bleiben. Um die Kinderbetreuung zu gewährleisten wurde im Jägerhaus ein provisorischer Kindergarten eingerichtet. Hierzu mussten zahlreiche Vereinsbelegungen und private Buchungen storniert werden. Ich danke allen, die in diese Situation mit großem Einsatz und guter Moral meistern und das Betreuungsangebot aufrechterhalten.

Mein besonderer Dank gilt dem Kita-Team, den Eltern und meiner Verwaltung. Vielen Dank sage ich meinen Amtsleitern und Herrn Hoffmann, die aus der Versicherungsthematik in der Lußhardtschule die richtigen Konsequenzen gezogen haben und eine Nachversicherung für kommunale Einrichtungen vorgenommen haben. Damit sind nun auch die durch den Umzug ins Jägerhaus entstandenen Kosten mitversichert.

Vor dem Hintergrund dieser aktuellen Entwicklungen rücken die Restarbeiten am Außengelände des Spatzennest natürlich in den Hintergrund. Auch hier sind wir jedoch bemüht, die Maßnahme zu einem guten und erfolgreichen Abschluss zu führen.

Nun wechsle ich in die Waldseehalle. Ebenfalls mit hoher Priorität laufen dort gegenwärtig die Restarbeiten für die Fertigstellung der Elektroinstallationsarbeiten. Nach der Trennung von der ausführenden Firma versuchen wir nun schnellstmöglich die ausstehenden Arbeiten zum Abschluss zu führen. Es ist davon auszugehen, dass im Zuge der Fertigstellung Mehrkosten für die Gemeinde entstehen werden. Angestrebt ist, dass die Gesamtmaßnahme „Neubau Foyer“ so bald wie möglich schlussabgerechnet wird. Meinen Dank und meine Anerkennung werde ich dann zum Ausdruck bringen, wenn der ursprünglich geplante Endzustand hergestellt ist. Bis dahin wünsche ich der Baustelle einen guten Verlauf.

Jenseits der baulichen Maßnahme gilt es zukünftig auch die Belegung der neu entstandenen Räumlichkeiten in den Blick zu nehmen. Das Potential des Alex Huber Forums ist seit der Eröffnung bereits mehrfach auf beeindruckende Weise zu Tage getreten und es haben bereits wiederholt Veranstaltungen stattgefunden, die das kulturelle Leben in Forst zusätzlich bereichern. Unser Ziel muss es sein, langfristig eine gute und den Räumlichkeiten entsprechende Belegung sicherzustellen, die insbesondere auch den Bedürfnissen der örtlichen Vereinswelt gerecht wird. Unser Ziel muss es aber auch sein, dass die Einnahmen aus Vermietungen einen Beitrag zur Deckung der Betriebskosten leistet und das Alex Huber Forum mit Veranstaltungen aus Forst und mit Veranstaltungen von außerhalb seinen Platz in der Region findet.

Nun zurück in die Dorfmitte: Wir haben Sie bereits informiert, dass noch diesen Winter die Abbrucharbeiten für die Gebäude Bruchsaler Straße 18-20 erfolgen werden. Die Arbeiten müssen nun durchgeführt werden, weil wir nur noch jetzt Sanierungszuschüsse des Landes bekommen können. Das Gute dabei ist, dass wir auch einen Teil des Gebäuderestwertes erstattet bekommen und es deshalb fahrlässig wäre, diese Gelegenheit verstreichen zu lassen. Gegenwärtig wird geprüft, inwieweit es möglich ist, die Abbruchstelle zu befestigen und dann für die Öffentlichkeit frei zu geben. Über die weiteren Entwicklungen werden wir Sie auf dem Laufenden halten.

Unweit dieser Baustelle ist gerade eine andere Baustelle weitgehend abgeschlossen worden. Es handelt sich um die Zeiligstraße 4. In der zweiten Kalenderwoche sind dort die ersten Geflüchteten mit vorläufigem oder dauerhaftem Bleiberecht eingezogen. Es handelt sich um Familien und eine Einzelperson aus Syrien, Afghanistan und Afrika. Die neuen Bewohner werden von unserer Integrationsbeauftragten und vom Integrationsmanager des Landkreises betreut und begleitet. Wir sind bemüht, das nachbarschaftliche Miteinander gut zu gestalten. Unser erklärtes Ziel ist es, so viel Vorsorge wie möglich zu treffen, dass das Miteinander gelingt. Hierzu reichen wir allen Beteiligten die Hand und machen entsprechende Gesprächsangebote.

Großes Interesse gibt es auch an dem Parkplatz direkt neben dem Gebäude. Dieser Bereich wird im Auftrag des Gemeinderates als Parkplatz überplant und neu gestaltet werden. Sobald der Umbau abgeschlossen ist, soll der Bereich wieder als öffentliche Parkplatzfläche mit Parkzeitregelung zur Verfügung stehen.

In den vergangenen Wochen haben mich Gerüchte erreicht, wonach die Gemeinde Forst in der Bruchsaler Straße einen Neubau für eine weitere Flüchtlingsunterbringung plant. Das ist wirklich nur ein Gerücht. Unser Platzbedarf ist gegenwärtig mit dem Kombimodell im Gewerbegebiet und der Zeiligstraße gedeckt. Gegenwärtig gibt es keine Pläne für einen weiteren Neubau, weder in der Nähe der Zeiligstraße 4 noch sonst irgendwo im Gemeindegebiet.

Einen neuen Standort hat das PaPaLaPap erhalten. Dieses ist bereits vor Weihnachten von der Bruchsaler Straße in die Hambrücker Straße umgezogen.

In Forst sind gegenwärtig 60 Personen in der Anschlussunterbringung untergebracht. Diese Menschen zu integrieren ist eine Gemeinschaftsaufgabe. Bitte lassen Sie uns gemeinsam daran arbeiten, dass die Integration gelingt.

Genauso wie ich Sie bitte, hier konstruktiv mitzuarbeiten, haben wir den Geflüchteten erklärt, dass wir erwarten, dass sie die Rechte, Gesetze und Gepflogenheiten in der Bundesrepublik und in Forst respektieren. Allen, die zwischen den alten und neuen Bewohnern vermitteln, danke ich an dieser Stelle ganz herzlich. Besonders in den Blick nehmen möchte ich die Mitglieder des Flüchtlingsnetzwerkes, die oft alles in einem sind: Seelentröster, Helfer, Erzieher und Ordnungsamt. Vielen Dank sage ich auch unserer Integrationsbeauftragten und dem Integrationsmanager, die eine gute Begleitung der Neubürger sicherstellen und diese gleichermaßen fördern und fordern.

Insbesondere ein Thema der Ortsmitte ist gegenwärtig auch der weitere Ausbau des schnellen Internets, obwohl die Deutsche Telekom mit ihren Vectoring-Plänen auf das Gros der Forster Haushalte zielt. Die ersten Bauarbeiten werden aber im Kern von Forst und leider auch an vielen Stellen durchgeführt, wo die Gemeinde zusammen mit der Breitbandkabel GmbH des Landkreises erst kürzlich selbst Glasfaserleitungen verlegt hat. Dies bedeutet, dass schon bald wieder mit Baustellenschildern gerechnet werden muss. Die Deutsche Telekom hat zugesagt, dass Sie rechtzeitig über die Tiefbaumaßnahmen informieren wird. Welche Konsequenzen die Planungen der Deutschen Telekom für die Internetversorgung in Forst haben, inwieweit es eine Chance gibt, dass wir zur Breitband-Modellkommune werden und wie sich diese Überlegungen mit dem Breitbandangebot von Unitymedia und Inexio vertragen, werden wir Ihnen in einer speziellen Bürgerinformationsveranstaltung unter dem Titel „Schnelles Internet Forst“ am 22. Februar vorstellen. Bitte merken Sie sich den Termin schon heute vor. Um 18.30 Uhr beginnt der Informationsabend. Der Raum wird noch bekannt gegeben. Wichtig ist mir an dieser Stelle noch darauf hinzuweisen, dass wir im Haushalt 2018 200.000 Euro für den Breitbandausbau im Haushalt eingestellt haben. Dieser Betrag ist Jahr für Jahr, bis zum Ende des mittelfristigen Finanzplanungszeitraums fest im Haushalt verankert.

Nur einmalig und nicht im Haushalt der Gemeinde Forst, sondern im Wirtschaftsplan des Seniorenheims, haben wir 50.000 Euro für Planungsleistungen im Zusammenhang mit der Erweiterung des Seniorenheims bereitgestellt. Dieses Thema gilt es in den kommenden Monaten schwerpunktmäßig zu bearbeiten. Die zwei zentralen Fragestellungen, die in den nächsten Monaten geklärt werden müssen, lauten wie folgt:

1. Wird das Seniorenheim zukünftig weiter in kommunaler Trägerschaft bleiben oder übergeben wir es in die Hände eines Betreibers, zu dessen Kernkompetenzen der Betrieb eines Seniorenheims zählt?
2. Wollen wir die erforderlichen Investitionen, die sich vorsichtig geschätzt auf ca. 10 Millionen Euro belaufen werden vor- und zwischenfinanzieren oder suchen wir uns einen Investor, der das Gebäude errichtet.

Diese Frage für eine Entscheidung vorzubereiten wird weiter Zeit in Anspruch nehmen. Aus meiner Sicht benötigen wir dazu auch den Rat von Experten.

Ich gehe fest davon aus, dass sich in den nächsten zwei Jahren weder für die Heimbewohner noch für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Seniorenheims etwas ändern wird. Die Betreuung der Heimbewohner und die Arbeit der Belegschaft sind gesichert und wir werden Sorge dafür tragen, dass dies auch in Zukunft so bleibt.

Im Haushalt eingestellt sind außerdem 45.000 Euro für Ersatzbeschaffungen von Spielgeräten für die Forster Spielplätze. In den zurückliegenden Jahren gab es von zwei Fraktionen immer wieder Vorschläge einen Generationenparcours - die Begrifflichkeit ändert sich bisweilen – zu realisieren. Im Zuge dieser Diskussion hat die Verwaltung den Auftrag erhalten, zunächst einmal eine Bestandserhebung auf den Forster Spielplätzen vorzunehmen. Diese ist durch den Bauhof erfolgt. Das Ergebnis: Insgesamt müssen Spielgeräte im Wert von insgesamt 90.000 Euro ersetzt werden. Die Mittel dafür haben wir in diesem und im kommenden Jahr in den Haushalt eingestellt. Die Gelder für die generationenübergreifenden Anlage – die konzeptionell sehr beeindruckend ist und deren Realisierung ich auch persönlich unterstütze – haben wir hingegen aus dem Haushalt 2018 gestrichen, weil ich mir diese erst vorstellen kann, wenn die erforderlichen Ersatzbeschaffungen auf den Weg gebracht sind.

Im kommenden Jahr kümmern wir uns damit ganz wesentlich um Projekte, die ihren Ursprung in der Vergangenheit haben. Wir arbeiten offene Projekte ab, damit wir dann Kapazitäten frei haben, um uns den Zukunftsaufgaben widmen zu können. Zu diesen Zukunftsaufgaben gehört auch, dass wir uns langfristig um einen gesunden Haushalt bemühen und die Voraussetzungen schaffen, dass die Gemeindeverwaltung den Erwartungen der Bevölkerung gerecht werden kann.

Viele Dank für Ihre Aufmerksamkeit!